

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRODER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

in Verbindung mit Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MDL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

5. Jahrgang, Nummer 11

Postverlagsort Bonn

Bonn, im November 1957

INHALT

„WERFT EUER VERTRAUEN NICHT WEG!“ von Otto Dibelius	S. 1
ZUR ERÖFFNUNG DES DRITTEN DEUTSCHEN BUNDESTAGES von Eugen Gerstenmaier	S. 3
PROBLEME DER KOEXISTENZ von Florent Peeters	S. 8
JUGENDWEIHE UND KONFIRMATION SIND UNVEREINBAR Kanzelerklärung der evangelischen Bischöfe in der Sowjetzone	S. 10
„IN CHRISTLICHER VERBUNDENHEIT“	S. 11
UNS WIRD GESCHRIEBEN	S. 11

„WERFT EUER VERTRAUEN NICHT WEG!“

Predigt von Bischof D. Dr. Otto Dibelius
anlässlich der ersten Sitzung des Dritten Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1957
in der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche zu Berlin

Hebräer 10, 35

Das ist ein sehr allgemeines Wort. Es wird nicht einmal gesagt, zu wem man eigentlich Vertrauen haben soll; aber für den Christen versteht es sich von selbst, daß damit nur das Vertrauen gemeint sein kann zu dem lebendigen Gott. Aus diesem Vertrauen zu Gott aber ergibt sich von selbst ein Vertrauen in die Zukunft, der wir entgegengehen, und die Pflicht zum Vertrauen zu den anderen Christenmenschen. Von diesem dreifachen Vertrauen möchte ich jetzt ein Wort sagen und möchte, obwohl es aller Logik widerspricht, in der umgekehrten Reihenfolge vorgehen.

*

Also zunächst von dem **Vertrauen, das wir zu den anderen Christenmenschen haben müssen!** Wenn wir von solchem Vertrauen reden, dann ist das nicht die Moral des kleinen Mannes, der meint: die Gegensätze

zwischen den Menschen und ihren Meinungen seien in Wirklichkeit gar nicht so schlimm, und mit einem bißchen guten Willen müsse man sich mit jedem politischen Gegner im trauten Familienkreise für eine illustrierte Zeitschrift fotografieren lassen können. Aber dazu sind die Gegensätze oft viel zu ernst. Auch läßt sich das Sachliche von dem Persönlichen nicht immer so einfach scheiden, wie manche Menschen sich das denken.

Wenn es sich um die bürgerliche Moral handelte, dann müßte man eigentlich das Umgekehrte sagen, nämlich: Habt zu keinem Menschen Vertrauen; denn schließlich lassen sie euch doch fast alle im Stich, von Schlimmerem ganz zu schweigen. Neulich hat jemand in hervorragender politischer Stellung entrüstet ausgerufen: „Man hat mich betrogen!“ Nun, wer das Leben kennt, der weiß, daß das im Leben nicht gerade weniger Menschen die Endsumme aller persönlichen Erfahrung ist.

Wir können nur von dem reden, was Christen den anderen Christen schuldig sind. Hier steht es ja nun freilich so: Wenn wir mit jemandem zu tun haben, von dem wir wissen, daß er auch ein Christ sein möchte, dann ist eine gewisse Gemeinschaft einfach da. Wir stehen unter demselben Herrn; wir leben unter demselben Evangelium; wir stehen in der Gemeinschaft der einen großen Kirche Jesu Christi. Daraus ergeben sich persönliche Verbindungen. Daraus wiederum ergibt sich das Vertrauen, das einer zum anderen haben muß — ein Vertrauen, das wohl einmal verdeckt sein, aber niemals ganz aufgehoben werden kann, auch nicht durch die bittersten Erfahrungen eines Wahlkampfes.

Denn — um mit unseren alten lutherischen Vätern zu reden — wir stehen vor Gott als Gerechtfertigte und als Sünder zugleich. Daß wir allzumal Sünder sind, das braucht uns keiner erst zu sagen; das wissen wir von uns selbst und brauchen daher nicht die Sünden anderer Leute sorgfältig zu registrieren. Und daß wir als Gerechtfertigte vor Gott stehen, das danken wir seiner überwältigenden Gnade, die sich nicht beschränkt auf bestimmte Kreise oder gar auf bestimmte Parteien, sondern die alles umfassen will auf dieser Welt, was wirklich an den lebendigen Gott glaubt.

Weil wir von dieser Gnade leben, darum muß uns das Vertrauen zu den anderen Christenmenschen etwas Selbstverständliches sein, was aus unserm ganzen Leben erwächst. Dies Selbstverständliche aber gehört zu den größten Dingen auf dieser Erde. Denn es gibt keine großartigere Macht als das unmittelbare Vertrauen, mit dem ein Mensch dem andern gegenübertritt. Dies Vertrauen macht den Menschen fröhlich und frei. Es hebt ihn empor über die Existenz eines Roboters. Es läßt ihn in einer befreienden Menschlichkeit unter den Menschen stehen. Und umgekehrt: Es gibt nichts, was sich so lähmend auf jede gemeinsame Arbeit legt und schließlich in die Hoffnungslosigkeit hineinführt, als das erbärmliche Mißtrauen eines jeden gegen den andern. Was für einen Fluch dieses Mißtrauen für die Menschheit bedeutet — nicht bloß für den einzelnen, sondern auch für die Völker —, ich denke, das erleben wir an jedem Tag!

Darum wollen wir uns als Christen dieses köstliche Vorrecht nicht nehmen lassen, daß wir dem anderen Christen mit echtem Vertrauen entgegentreten. Und wenn es einmal geschieht, daß der andere an uns unbegreiflich und nach menschlichem Maßstab unverzeihlich handelt, dann wollen wir versuchen, solange es möglich ist, an Mißverständnisse zu glauben, die sich wieder aufklären lassen; und wenn das wirklich nicht mehr möglich ist, dann wollen wir uns darauf besinnen, daß wir Jünger eines Herrn sind, der nicht wieder schalt, da er gescholten ward, und nicht drohte, da er litt, und wollen uns trotz allem das Vertrauen zu dem andern nicht nehmen lassen. Darum: Werft euer Vertrauen nicht weg!

*

Das ist das erste. Aber dazu kommt dann das zweite, daß wir **mit Vertrauen in die Zukunft sehen!** Vor fünfzig Jahren war es selbstverständlich, daß jeder Deutsche voll Vertrauen in die Zukunft seines Vaterlandes sah. Man mußte schon entweder ein philosophischer Pessimist sein oder den Kassandrablick des alten Bismarck in Friedrichsruh haben, wenn man von diesem Vertrauen allmählich abrücken wollte. Heute ist das ganz anders. Heute stehen die dunklen Wolken um uns her an allen Horizonten. Man muß sich immer wieder einen inneren Ruck geben, wenn man festhalten will an dem Vertrauen in die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes. Und ich weiß nicht, wie man

die Kraft zu diesem inneren Ruck gewinnen will, wenn man kein Vertrauen hat zu dem lebendigen Gott.

Daß dieser Gott ein Gott der Gnade ist, das wissen wir, wenn wir Christen sind. Denn ich denke, wir haben alle nicht umsonst unter dem Kreuz unseres Herrn Jesus Christus gestanden. Aber wir wissen auch, daß diese Gnade nicht darin besteht, daß uns alle unsere Herzenswünsche erfüllt werden, oder daß Gott unser Volk und Vaterland zu Ehren bringt auf Kosten anderer Völker. Wenn einer von uns das jemals geglaubt haben sollte, dann wird ihm dieser Glaube allmählich gründlich zunichte gemacht worden sein. Wir wissen nichts weiter, als daß dieser Gott der Gnade auf dem Plan ist, daß Er bereit ist, einem jeden so viel Kraft und so viel Segen bei seinem Weg in die Zukunft zu schenken, wie er braucht, und daß Er die Seinen auch in der dunkelsten Zeit nicht ohne Hilfe lassen wird, wenn sie nur Vertrauen zu Ihm haben.

Darum werfen wir im Blick auf den lebendigen Gott unser Vertrauen in die Zukunft unseres Vaterlandes nicht weg. Es gibt ja nun sehr viele Fragen, für die wir dieses Vertrauen in besonderem Maße brauchen, weil uns die Lösung dieser Fragen nicht klar vor Augen steht und wir uns im Dunkeln bewegen von einem Tag zum andern. Aber in der Reihenfolge dieser Fragen steht doch die Frage nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes an der allerersten Stelle.

Ich habe bisher noch jedes Mal, wenn wir uns zu Beginn einer neuen Bundestagsperiode im Gottesdienst versammelt haben, von dieser Wiedervereinigung gesprochen. Ich tue es heute mit ganz besonderem Nachdruck. Einmal deshalb, weil der dritte Bundestag seine erste Sitzung bei uns in Berlin hält. Das versteht niemand in Deutschland und niemand in der ganzen Welt anders, als daß es anzeigen soll, daß die Frage, ob und wann und wie es zu einer Wiedervereinigung kommen kann, uns allen — gerade in den verantwortlichen Körperschaften unseres Volkes — am Herzen liegt. Und zum anderen deshalb, weil der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland es mir in aller Form aufgegeben hat, in dieser Stunde den evangelischen Abgeordneten noch einmal zu sagen, daß uns als evangelische Christen diese Frage vor allen anderen Fragen umtreibt an jedem Tag. Nicht aus äußeren, nicht aus politischen Gründen — das wäre nicht unsere Sache. Sondern aus menschlich-christlichen Gründen. Haltet es nicht für Sentimentalität, wenn wir als Evangelische Kirche immer wieder hinweisen auf das Herzeleid, das sich für die Menschen in unserem Volk aus der Aufspaltung unseres Vaterlandes ergibt; wenn wir immer wieder reden von den Tränen der Mütter — es werden ja mit jedem Jahre mehr —, die ihre halberwachsenen Kinder in die Ferne schicken müssen und nicht wissen, ob sie sie überhaupt einmal im Leben wiedersehen werden; wenn wir immer wieder reden von dieser fürchterlichen moralischen Versuchung, die in unseren Flüchtlingslagern zu Hause ist und der gegenüber, weiß Gott, nicht alle die innere Kraft haben zu widerstehen. Was wäre das für eine christliche Kirche, die an all diesem tausendfachen Kummer gleichgültig vorübergehen könnte!

Das andere aber ist für uns von ebenso ernster Bedeutung: nämlich die Tatsache, daß man in einem Volk, das doch eine Einheit ist, das sich nach einem jahrhundertelangen Zusammenwachsen nicht in ein paar Jahren oder in ein paar Jahrzehnten wieder zersprengen läßt, — daß man in einem solchen Volk zwei verschiedene Staatswesen aufrichtet. Was ist das anderes als ein Symbol für die grenzenlose Unwahrhaftigkeit, die heute weithin das Leben der Völker miteinander und

gegeneinander bestimmt. Zu dieser inneren Unwahrhaftigkeit können wir als Jünger Jesu Christi nicht schweigen, solange wir einen Mund haben zu reden.

Wir können als Kirche keine Rezepte anbieten, wie man die Wiedervereinigung machen soll. Wir haben nur eines anzubieten: das ist die Erfahrung, die wir durch Gottes gnädige Fügung nun zwölf Jahre hindurch haben machen können, die Erfahrung — wenn ich es einmal so ausdrücken darf —, daß unsere Evangelische Kirche als Kirche gar keine Wiedervereinigung nötig hat, weil wir niemals auseinandergelassen sind! Wenn andere Leute aus Ost und West Schwierigkeiten haben, sich um einen Tisch zu setzen — wir haben keine Schwierigkeiten. Wir sitzen an einem Tisch! Und auf diesem einen Tisch liegen nicht zwei verschiedene Propaganda-Anweisungen und nicht zwei verschiedene politische Katechismen, sondern da liegt die eine Bibel, von der wir alle leben; da liegt das eine Gesangbuch, aus dem wir alle singen; da liegt der eine lutherische Katechismus, nach dem wir alle unterrichten. Wir sind eine Einheit! Und weil wir eine Einheit sind, haben wir das Vertrauen zu Gott, daß durch Seine Gnade diese Einheit auch nach außen hin einmal wieder klar in Erscheinung treten wird. Und wir denken, daß davon eine Kraft ausgehen wird für unser ganzes Volk!

Menschen, die den Glauben an den lebendigen Gott nicht haben und die von der inneren Verbindung zwischen uns Christen nichts wissen, mögen es schwer haben, zu glauben, daß die Stunde der Einheit noch einmal schlagen wird — zumal, da sich von Tag zu Tag die Stimmen mehren, daß es damit doch nichts werde; da immer häufiger Stimmen aus dem Ausland kommen: es sei doch das einzig Richtige für die ganze Welt, wenn Deutschland für immer geteilt bleibe; da jeder Tag neue Ereignisse bringt, von denen wir nur sagen können, daß sie uns die Wiedervereinigung immer hoffnungsloser erschweren.

Solcher Hoffnungslosigkeit stehen wir als evangelische Christen geschlossen gegenüber in der der Überzeugung, daß die Stunde, nach der wir uns sehnen, einmal schlagen wird. Und dieses Vertrauen werfen wir nicht weg!

*

Und endlich das Letzte, das doch das Erste ist: **Wir vertrauen nicht auf unsere Kraft und nicht auf unseren Verstand, sondern wir vertrauen auf den lebendigen Gott!**

Christlicher Glaube lebt in Gegensätzen. Und aus den Spannungen zwischen den Gegensätzen, die im christlichen Evangelium begründet sind, zieht der Glaube sein Leben und seine Kraft. Von diesen Gegensätzen nenne ich jetzt nur den einen: Gott ist ein heiliger Gott, und Seine Gerichte sind ständig über unserem Leben und über dem Leben unseres Volkes. Und Er ist doch zugleich ein Gott, der mit Seiner Gnade alles umspannt. Weil wir von Seinen Gerichten wissen, darum geben wir uns keinen Illusionen darüber hin, wie es um uns und um unser Volk steht. Aber weil wir auch um Seine Gnade wissen, darum bleiben wir bei unserem Vertrauen zu Ihm.

Diese Gegensätze könnten unseren Glauben unsicher und schwankend machen — wenn wir nicht ein Geländer hätten, an dem wir uns immer auf dem rechten Wege zu halten vermögen. Dieses Geländer ist der schlichte Gehorsam gegen Gottes Gebote. Wer gehorsam zu bleiben sucht, wird das Vertrauen auf Gottes Gnade niemals verlieren.

Dabei geht es mir in dieser Stunde nicht zuerst um die Frage, wieweit wir gegen dieses und jenes Gebot Gottes gehorsam oder ungehorsam sind, sondern es geht mir vor allem darum, daß wir in diesem Zeitalter der Relativitäten zunächst einmal anerkennen, daß die Gebote Gottes gültig bleiben. Eine gesetzgebende Körperschaft muß wissen, daß die Gebote Gottes länger leben als alle Gesetze der Menschen. Das Gebot, daß der Mensch nicht scheiden soll, was Gott zusammengefügt hat, wird länger leben als alle Gesetze zur Erleichterung der Ehescheidung. Das Gebot, daß der siebente Tag dem Herrn, unserm Gott, und nicht der Arbeit gehören soll, wird länger leben als alle Gesetze über die gleitende Arbeitswoche. Das Gebot, daß die Eltern ihre Kinder erziehen sollen, wird länger leben als die modernen Lebensordnungen, bei denen die Väter ihre Kinder kaum noch zu sehen bekommen. Das Gebot, daß wir die Lüge ablegen und die Wahrheit reden sollen, wird alle unwahrhaftigen Künste im Leben und in der Politik überdauern. . . Das will zunächst einmal anerkannt sein. Der Wille muß da sein, diese Ordnungen zu halten. Zum Vollbringen wird Gott dann die Kraft geben nach Seinem Wohlgefallen. In jedem Falle aber wird aus dem Gehorsam die Gewißheit wachsen, daß wir auf dem rechten Wege sind und daß Gott uns auf diesem Weg zu einem Ziel Seiner Gnade führen wird. Das ist das ganze Geheimnis des Gottvertrauens.

Von diesem Vertrauen können und sollen wir nicht lassen. Noch einmal: Werft euer Vertrauen nicht weg!

Amen.

ZUR ERÖFFNUNG DES DRITTEN DEUTSCHEN BUNDESTAGES

von Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 1957 in Berlin hielt D. Dr. Gerstenmaier folgende Rede:

Meine Damen und Herren! Ihrem Rufe folgend, übernehme ich von neuem das Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir mit Ihrem Vertrauen erwiesen haben. Sie werden es mir nachfühlen können, wenn ich sage, daß ich diesem Rufe heute lieber folge als in der Stunde, in der ich zum erstenmal den Stuhl des Präsidenten eingenommen habe. Ich werde mir auch fortan Mühe geben, dieses Amt in gewissenhafter Gerechtigkeit zu führen. Ich bitte Sie, meine Kolleginnen und Kollegen,

mir dabei zu helfen, denn ich weiß, daß es mit dem guten Willen eines vor Irrtum und Mängeln nicht gezeigten Mannes allein noch nicht getan ist.

Eine Grundregel der Demokratie ist es, daß in ihr Geltung hat, was mit der jeweils erforderlichen Mehrheit beschlossen ist. Den Glanz und Rang des freiheitlichen Rechtsstaates aber macht es aus, daß die wechselnden Mehrheiten nicht einfach tun können, was sie wollen, sondern daß die Mehrheit wie die Minderheit den strengen Regeln eines geordneten Verfahrens unterworfen sind und daß beiden, der Mehrheit wie der Minderheit, nur das erlaubt ist zu wollen und zu tun, was nach den elementaren Grundsätzen der Verfassungsrecht ist oder Recht werden kann.

Recht vor Macht

Als die Hansestadt Lübeck vor nunmehr einem halben Jahrtausend ihr Holstentor baute, schrieb sie an dieses Tor die vier Worte: „Concordia domi, foris pax“ — Eintracht im Innern, Frieden nach außen! Ein Wahlspruch dieser Art ist nur dort in Kraft und Geltung, wo das Recht vor der Macht steht. Unsere Verfassung ist nach ihrem eigenen Willen nur deshalb ein Provisorium, weil sie den festen Raum umhegt, von dem aus das Ringen um die nationale und staatliche Einheit Deutschlands unverdrossen weitergeführt und immer von neuem inspiriert werden muß. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die elementaren Rechtsgrundsätze unserer heutigen Verfassung auch die Grundlagen der künftigen Verfassung des geeinten Deutschlands sein müssen. Daß das Recht vor der Macht steht, soll nach dem Willen dieses Hauses eben keine situationsbedingte Einstweiligkeit sein, sondern diese Überzeugung gehört zu den fundamentalen Grundlagen unserer staatlichen Selbstgestaltung. Zu ihnen haben wir nach schweren Heimsuchungen zurückgefunden. An ihnen halten wir fest!

Daß das Recht vor der Macht steht, bekundet nicht nur unsere Verfassung, sondern auch die seitherige Geschäftsordnung des Bundestages. Einer alten Übung folgend, haben Sie zu Beginn dieser Sitzung die seitherige Geschäftsordnung bis zu dem Zeitpunkt übernommen, da das Haus erneut darüber Beschluß gefaßt hat. Ich kann nur hoffen, daß es möglichst bald gelingt, ihre Mängel zu beseitigen. Aber zumindest ein Grundzug dieser Geschäftsordnung, nämlich die Gewährleistung des Minderheitenrechts, muß auch die Geschäftsordnung der dritten Wahlperiode des Bundestages bestimmen.

Der Frau Alterspräsidentin gebührt der Dank des ganzen Hauses für den Rückblick und für den Ausblick auf die Arbeit des Deutschen Bundestages, den sie uns in ihrer eindrucksvollen Rede gegeben hat. Ich möchte diesem Überblick meinerseits nichts hinzufügen, aber ich möchte Sie bitten, einigen Erwägungen zu folgen, von denen ich glaube, daß sie für die zukünftige Gestaltung unserer parlamentarischen Arbeit von Bedeutung sein können.

Das Schicksal des deutschen Parlamentarismus

Der Bundestag steht zu Beginn seiner dritten Wahlperiode vor der unabweisbaren Aufgabe, aus den Erfahrungen der vergangenen acht Jahre einige Konsequenzen zu ziehen. Der deutsche Parlamentarismus hat es in diesem Jahrhundert nicht leicht gehabt. Sein Schicksal war es bis jetzt, im Schatten großer Niederlagen zu stehen. Als am 26. Oktober 1918, also vor noch nicht einmal 40 Jahren, in Deutschland die Gewalt der Regierung der Kontrolle des Parlaments unterworfen wurde, hatte Deutschland den ersten Weltkrieg schon endgültig verloren.

Unser Neubeginn im Jahre 1949 stand im Schatten nicht nur einer Niederlage, sondern einer nationalen Katastrophe. Mit ihr fertig zu werden und ihre Hinterlassenschaft zu überwinden, hielt den Bundestag bis jetzt in Atem. Sein Stil, seine Methoden, ja sogar seine Leistung im ganzen wurden von nicht wenigen seiner Kritiker in Frage gestellt. Ich sehe davon ab, hier zu untersuchen, was von dieser Kritik dem Unmut der Unbelehrbaren oder den überspannten Erwartungen träumender Idealisten zuzuschreiben ist; aber es ist gerecht und billig, daß wir auf ernstzunehmende Kritik hören. Denn wir können nicht in Anspruch nehmen, daß der Bundestag mit allen seinen Leistungen und seinem Stil mustergültig vor dem deutschen Volk stehe. Doch ich möchte das Parlament der Welt sehen, das etwas ähnliches von sich behaupten könnte.

Im Blick auf die vergangenen acht Jahre des Bundestages darf dem noch zweierlei hinzugefügt werden:

1. Der deutsche Parlamentarismus befindet sich noch immer in einem Prozeß seiner Durchbildung und Festigung. Dieser Prozeß darf nicht abgebrochen, sondern muß auch in den nächsten vier Jahren besonnen gefördert werden. Denn ob es die Kritiker der parlamentarischen Demokratie nun wahrhaben wollen oder nicht: In dieser Epoche schlägt das Herz des freiheitlichen Rechtsstaates in Deutschland eben nicht nur in der Kraft seiner Regierung und in der Integrität seiner Gerichte und Verwaltung, sondern vor allem in der Lebendigkeit und Kraft seines Parlaments. Ein lebendiges Parlament braucht nicht mit scheelen Augen auf eine kraftvolle Regierung zu sehen, sondern es wird eine solche Regierung als einen angemessenen Partner würdigen. Umgekehrt darf sich eine starke Regierung nicht ein schwächliches Parlament wünschen. In ihrem eigenen Interesse muß sie sich ein Parlament wünschen, das sich auch seines Ranges und Gewichtes bewußt ist.

2. Trotz allem, was in den Jahren 1945 bis 1949 in den Länderparlamenten und Zonenverwaltungen geschehen war, stand der Bundestag in seinen ersten und auch in seinen zweiten vier Jahren vor Aufgaben, die, aus dem Chaos geboren, das normale Maß dessen, was einem Parlament aufgegeben ist, weit überstiegen. Im Dienste des Wiederaufbaus, im Dienste der Durchbildung unserer sozialen und rechtsstaatlichen Ordnung und als Folge unserer Rückkehr in die Weltpolitik hat der Bundestag seine Mitglieder, vor allem seine führenden und besonders sachverständigen Köpfe in den Regierungs- wie in den Oppositionsparteien, in einer Weise in Anspruch nehmen müssen, die sich nur rechtfertigen läßt durch das Ausmaß des nationalen Notstandes, dem sich Bundestag und Bundesregierung stellen mußten. Um damit einigermaßen fertig zu werden, mußte nicht nur hart und viel, sondern auch schnell gearbeitet werden.

Kein überhitztes Tempo

Die jetzt beginnende dritte Wahlperiode des Bundestages sollte sich von den vergangenen acht Jahren zunächst dadurch unterscheiden, daß dieses Tempo und dieser Druck der parlamentarischen Arbeit auf das Maß zurückgebracht werden, das einer Normalbelastung des Parlaments einigermaßen entspricht. Gewiß, wir sind mit vielem noch nicht über den Berg. Die deutsche Politik steht auch in den nächsten vier Jahren vor großen und schwierigen Aufgaben. Neben einigen bedeutsamen gesetzgeberischen Arbeiten, neben der Festigung unserer Wirtschaft und unseres Lohn- und Preisgefüges denke ich dabei natürlich vor allem an die Wiederherstellung der deutschen Einheit und, damit zusammenhängend, an die Weiterbildung unserer Außenpolitik. Ich glaube, daß gerade diese Arbeit nicht gefördert wird durch ein überhitztes Tempo des parlamentarischen Betriebes, sondern durch den Willen zur inneren Sammlung, zur besonnenen, durchdachten politischen Aktion und durch die Fähigkeit, unsere Lage in der weltpolitischen Situation und der uns mitverpflichtenden weltgeschichtlichen Entwicklung fest und nüchtern zu erfassen.

Vertreter des ganzen Volkes

Wir haben heute trauernd unseres ehemaligen Kollegen Karl Georg Pfleiderer gedacht. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat in einer ihm gewidmeten Betrachtung darauf hingewiesen, daß er die Freiheit besessen habe, einen Schritt zurückzutreten, um den

rechten Abstand zu gewinnen im Blick auf sein größeres Ziel. In diesem Satz ist etwas ausgesprochen, auf das keiner von uns verzichten sollte, ja verzichten darf. Denn der Deutsche Bundestag ist eben nicht nur ein Betrieb, in dem die nun einmal notwendigen Gesetze — gelegentlich vielleicht auch weniger notwendige — fabriziert werden. Nein, in diesem Hause ist das deutsche Volk so präsent, daß es sich seine Regierung zu geben, ihre Gewalt zu kontrollieren und unmittelbare politische Entscheidungen zu treffen vermag. Das ist über die Gesetzgebung hinaus die unabweisbare Pflicht des ganzen Parlaments. Ihre Ausübung verlangt gebieterisch Männer und Frauen, die dem Leitbild des Abgeordneten gerecht zu werden vermögen, das das Grundgesetz in seinem Artikel 38 in dem markanten Satz umschreibt: „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

Das und nicht weniger muß Geltung haben, wenn die Mitglieder dieses Hauses der im Bundestag auf sie wartenden Aufgaben nicht nur äußerlich gerecht werden wollen. Von jedem einzelnen von uns kann zwar nicht in allen Dingen, die hier zur Entscheidung anstehen, ein eigenes sachverständiges Urteil erwartet werden. Aber von jedem einzelnen von uns wird erwartet und muß gefordert werden, daß er sich bei den Entscheidungen, die ihm hier abverlangt werden, davon leiten läßt, daß er ein Vertreter des ganzen Volkes ist. Das heißt schlicht und unmißverständlich, daß er sich also nicht nur den besonderen Belangen seines Wahlkreises verpflichtet oder vorwiegend den Interessen der Gruppen oder Kreise dienstbar fühlen darf, die ihm ihr besonderes Vertrauen gewährt haben.

Dieses Parlament ist die oberste Vertretung des freien Teiles des deutschen Volkes. Darum ist es auch stellvertretend die Stimme für die, die seit Jahr und Tag von einer Regierung ohne Legitimität niedergehalten werden. Darum ist der Bundestag, unbeschadet der politischen und ständischen Meinungsverschiedenheiten, die in ihm Platz haben, kein Kollegium von Ständegruppen und Interessenvertretern. Nicht nur der Bundestag in seiner Gesamtheit, sondern jeder einzelne von uns ist dem Schicksal des Vaterlandes, dem Wohl des ganzen Volkes, dem Weg der ganzen Nation verpflichtet.

Parlamentsreform

Je ernster wir uns zu Beginn unserer Arbeit daran erinnern, desto einsichtiger werden auch die Bemühungen von diesem Hause aufgenommen und unterstützt werden, die mit dem Wort „Parlamentsreform“ recht pauschal bezeichnet werden. Hier ist nicht der Ort und die Zeit, von einzelem zu reden. Hier kommt es nur darauf an, den Sinn und die Notwendigkeit einer solchen Parlamentsreform anzudeuten. Je ernster wir unser Mandat nehmen, desto mehr wird der einzelne, dem Leitbild des Artikels 38 des Grundgesetzes folgend, nicht nur diesen oder jenen sachverständigen Fraktionskollegen, diesen oder jenen Arbeitskreis vor den großen Entscheidungen zu Rate ziehen, sondern Wert darauf legen müssen, mit seinem eigenen Gewissen und Urteil zu Rate zu gehen. Dazu gehören Zeit und Besinnung.

Das Haus als solches ist es seinen Mitgliedern schuldig, ihnen eine Ökonomie ihrer Zeit und Kraft zu ermöglichen, die ihnen diese Besinnung erlaubt und die es ihnen darüber hinaus gestattet, auch in beruflicher Verbindung mit dem täglichen Leben zu bleiben. Die Konsequenz daraus: Nach meiner Überzeugung kann die seitherige Arbeitsweise in der dritten Wahlperiode nicht fortgesetzt werden. Es besteht nicht nur

ein zwingendes menschliches, sondern auch ein unabweisbares sachliches und politisches Bedürfnis, daß sich das Haus möglichst schnell über eine neue Zeit- und Arbeitsgestaltung und andere Maßnahmen der Rationalisierung einigt. Ganz allgemein aber sollten wir in dieser Wahlperiode darauf dringen, nicht möglichst viele, sondern möglichst gute Gesetze zu machen. Alle Mitglieder und Fraktionen des Hauses muß ich darum bitten, notfalls energisch auch gegen die Antreiber von außen aufzutreten, die der Meinung sind, daß nicht geruht und nicht gerastet werden dürfe, bis auch ihre letzten Wünsche und Bedürfnisse durch ein Bundesgesetz befriedigt sind.

Als der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, damals noch Statthalter von Elsaß-Lothringen, im Juni 1890 nach Berlin kam, schrieb er in sein Tagebuch: „Zwei Dinge sind mir in den drei Tagen, die ich jetzt hier zugebracht habe, aufgefallen: erstens, daß niemand Zeit hat und alle in größerer Hetze sind als früher, zweitens, daß die Individuen geschwollen sind. Jeder einzelne fühlt sich.“ Ich erlaube mir kein Urteil darüber, ob Fürst Hohenlohe seine Zeit damit getroffen oder ob er ihr Unrecht getan hat. Aber uns sollte jedenfalls daran gelegen sein, daß über uns und unsere Tage anderes notiert wird. Sicher scheint mir, daß wir inner- und außerhalb unseres politischen Lebens nicht mehr Tempo, mehr Selbstbewußtsein und noch mehr Betrieb brauchen, sondern daß wir mit weniger Tagungen, mit mehr Besinnung und Sammlung dem Land und uns selbst keinen kleineren Dienst täten.

Wiederherstellung der deutschen Einheit

Nun haben wir hier in der alten Hauptstadt des Reiches mit der Arbeit des Bundestages wieder begonnen. Wir sind nicht gekommen, um Phrasen zu machen, und wir sind auch nicht gekommen, um die Bevölkerung dieser tapferen Stadt und der sie umgebenden Zone mit schönen Worten über eine Not hinwegzutrostern, deren wir allein nicht mächtig sind. Wäre es an dem, so würde Deutschlands Einheit nicht heute und hier vollendet, sondern sie wäre spätestens in der ersten Sitzung des Bundestages vor acht Jahren zustande gebracht worden. Aber nun müssen wir Deutsche uns darauf gefaßt machen, daß wir allmählich nicht wenigen einflußreichen Gestalten der Weltpolitik auf die Nerven gehen mit unserem Verlangen nach Wiederherstellung der deutschen Einheit. So wenig wir

AN ALLE UNSERE LESER,

die ihren Unkostenbeitrag in Höhe von DM 5,— für den Bezug der „Evangelischen Verantwortung“ im laufenden Jahre noch nicht überwiesen haben, ergeht hiermit die herzliche Bitte, dies nun möglichst umgehend nachzuholen, damit die Weiterbelieferung im neuen Jahre keine unerwünschte Unterbrechung erfährt. Auch für höhere Unkostenbeiträge, die einer weiteren Verbreitung unseres Blattes zugute kommen, sind wir dankbar. Alle Überweisungen sind mit dem Vermerk „betr. Ev. Verantwortung“ zu richten an:

*Deutsches Monatsblatt GmbH, Siegen/Westf.
Postscheckkonto: Köln 171 07
Bankkonto: Dresdner Bank, Siegen 40 08*

Herausgeber und Verlag

uns erlauben sollten, uns gedankenlos für den Nabel der Welt zu halten, so wenig vermögen wir jedoch in dieser Sache jemals zu schweigen.

Es ist keine leichte, sondern eine, wie mir scheint, jeden Tag schwerer werdende Aufgabe der Bundesregierung, des Bundestages und der uns befreundeten Regierungen des Auslands, das Einheitsverlangen der Deutschen immer wieder so wirkungsvoll in der Welt zu vertreten, daß diejenigen, die es angeht, darüber weder einzuschlafen noch sich die Ohren zu verstopfen vermögen. Sicher ist es nicht damit getan, daß wir hier in Berlin oder in Bonn von Zeit zu Zeit feierliche EntschlieBungen fassen und unseren Einheitswillen immer von neuem bekunden. Sicher ist es wichtiger, daß wir nach innen alle Hände rühren, um der Resignation zu wehren. Und sicher ist es wichtiger, mit welchen politischen Methoden die Bundesregierung um die Verwirklichung dieses nationalen Zieles kämpft. Darüber haben in den letzten acht Jahren die weitaus ernstesten parlamentarischen Auseinandersetzungen stattgefunden. Wahrscheinlich werden diese Auseinandersetzungen auch der dritten Legislaturperiode dieses Hauses das Gepräge geben. Ich halte nicht dafür, daß dieser Methodenstreit zu bedauern ist. Auch ein standhafter Vertreter des Wunsches nach einer gemeinsamen deutschen Außenpolitik kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß es auch in der Außenpolitik nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie auf die Gemeinsamkeit ankommt, sondern vor allem auf die Richtigkeit. Es wäre nicht nur unrealistisch, sondern auch dem Ethos dieses Hauses nicht gemäß, wenn die Wahrheits- oder Erkenntnisfrage der staatspolitischen oder parteipolitischen Opportunität untergeordnet würde.

Dies vorausgeschickt, wird man jedoch nicht nur den Wunsch aussprechen, sondern auch immer wieder den Versuch unterstützen dürfen, zu einer Gemeinsamkeit unserer Außenpolitik zu kommen. Gelingt es, dann wäre es ein beglückender Fortschritt. Gelingt es nicht, nun, so braucht es noch keine Katastrophe zu sein. Wir kommen aus einem harten, viel zu lange geführten Wahlkampf. Es ist darum verständlich, wenn in den Auseinandersetzungen der vergangenen Wochen nicht weniger der Blick für das, was uns in diesem Hause seither gemeinsam war und hoffentlich auch in Zukunft gemeinsam sein wird, getrübt worden oder verlorengegangen ist. Es ist auch natürlich, wenn in der bald beginnenden politischen Auseinandersetzung dieses Hauses, die nun einmal zum Wesen des Parlaments gehört, wiederum die Verschiedenheiten und Gegensätze mehr als die Gemeinsamkeiten in Erscheinung treten. Aber es ist wichtig, daß wir uns mit unserem Volk dabei bewußt bleiben, daß wir im gleichen Staatsschiff die stürmische See der Weltpolitik befahren und daß wir auch in den keineswegs friedlich stillen Gewässern unserer Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem Boote sitzen. Wir haben so viel, so heftig und so lange gegeneinander geredet und werden das, wenn auch hoffentlich weniger stürmisch, weiterhin tun, daß ich mir in dieser Stunde Ihre Zustimmung dafür erbitte, ausnahmsweise auch wieder einmal auf einige Gemeinsamkeiten von elementarer Bedeutung für das ganze Haus und die ganze Nation hinzuweisen. Über den vielen verschiedenen Bäumen sollten wir schließlich nicht den einen Wald übersehen, in dem alle diese Bäume stehen.

Gemeinsame Elemente unserer Politik

Mit einiger Vorsicht, aber, wie ich glaube, mit hinreichender Bestimmtheit wird man mindestens von den folgenden sechs Elementen unserer Politik sagen dürfen, daß sie dem ganzen Deutschen Bundestag —

gleichgültig, ob Oppositions- oder Regierungsparteien — gemeinsam sind:

1. *Der Wille zum freiheitlichen Rechtsstaat.* Seit dem Ausscheiden der Kommunisten aus dem Bundestag ist der gemeinsame Wille zur Wiederherstellung ganz Deutschlands nach den Grundsätzen des freiheitlichen Rechtsstaates in diesem Hause völlig eindeutig. Das gilt auch dann, wenn zahlreiche Einzelfragen seiner Durchgestaltung kontrovers sind. Überschreite ich die Grenze dessen, was gemeinsam aussagbar ist, wenn ich hinzufüge, daß der, der glaubt, daß das Recht vor der Macht stehe, auch bereit sein muß, notfalls die Macht zum Schutze des Rechtes und der Freiheit einzusetzen? Es gibt Beispiele dafür, daß große und kleine Konfessionen, von der Kraft des Geistes getragen, darauf zu verzichten vermögen. Aber es gibt kein Beispiel dafür, daß ohne die Indienstnahme der Macht ein Rechtsstaat geschichtlichen Bestand hätte erlangen können. Wer das Recht vor die Macht stellt, der ist nicht nur zur Toleranz verpflichtet, sondern auch zur Wachsamkeit an den Grenzen, die dieser Toleranz auch um des Bestandes des Rechtsstaates willen gezogen sind.
 2. *Der Wille, ganz Deutschland in Freiheit wiederherzustellen,* ist in den vergangenen vier Jahren im Bundestag vielleicht am eindrucksvollsten durch eine auch methodische Übereinstimmung aller Fraktionen unterstrichen worden, nämlich die gemeinsame Ablehnung von Verhandlungen mit der Regierung von Pankow.
 3. *Der Wille zu einer wirtschaftlichen Leistung und einer krisenfesten Währung,* die jedem Arbeitswilligen und Arbeitsunfähigen zur sozialen Sicherheit verhelfen.
 4. *Das Bekenntnis zur freien Welt.* Dieses Bekenntnis ist in diesem Hause unzweifelhaft auch dann ein gemeinsames, wenn seine aktuelle politische Gestalt, zum Beispiel das NATO-Bündnis, umstritten bleibt.
 5. *Der Wille zur Bewahrung des Friedens* ist in Deutschland, wie ich meine, niemals glaubwürdiger dokumentiert worden als durch die Tatsache, daß der Bundestag diesem Willen jederzeit alle wohlbegründeten nationalen Wünsche und Ansprüche untergeordnet hat. Ich glaube, daß Bundestag und Bundesregierung den Krieg als ein Mittel der Politik so entschieden und so grundsätzlich ablehnen, daß auf ihn auch dann kategorisch verzichtet würde, wenn er sich dem bloßen rationalen Kalkül als mögliches Mittel anböte.
- Vielleicht wäre es möglich, gerade in diesem Zusammenhang noch auf ein weiteres Element der Gemeinsamkeit zu verweisen, nämlich auf die Bereitschaft aller in diesem Hause vertretenen Parteien, dem Angriff von außen Widerstand entgegenzusetzen. Aber ich bin mir völlig bewußt, daß ich damit an die Grenze dessen trete, was für das ganze Haus aussagbar ist. Sicher aber gehört in diesen Zusammenhang die einmütige Überzeugung des ganzen Hauses von der unerläßlichen Notwendigkeit einer durchgreifenden, weltweiten kontrollierten Abrüstung der Atom- wie der konventionellen Waffen.
6. *Der Einigung der europäischen Völker* und der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Ordnung wird auch in den nächsten Jahren nicht wenig von unserer gemeinsamen Arbeit gehören. Auch hier sind die Meinungen in den vergangenen Jahren oft weit und heftig auseinandergegangen über Pläne und Wege. Aber dem Ziel im ganzen ist,

wenn ich mich recht erinnere, jedenfalls in den letzten vier Jahren im Bundestag von keiner Seite abgesagt worden. Mehr und mehr hat sich in diesem Willen zur Einigung Europas die Einsicht geltend gemacht, daß wir als das Volk in der Mitte Europas in besonderer Weise den Völkern im Osten und im Südosten Europas gegenüber offen sein müssen. Daß aus dieser Bereitschaft bislang nicht mehr gefolgt ist, wird weniger der katastrophalen Hinterlassenschaft des zweiten Weltkrieges zuzuschreiben sein — so bedrückend sie gerade hier ist — als dem unvermindert heftigen ideologischen Gegensatz. Er zerreißt die eng und überschaubar werdende eine Welt mit brutaler Gewalt in zwei Hälften, deren Brandlinie mitten durch Deutschland geht.

Absage an Illusionen

In seiner bedeutenden Arbeit über die „Geschichte des Nationalismus in Europa“ hat Eugen Lemberg gesagt, daß es keine wirkliche deutsche Selbstbesinnung und Wiedergeburt gebe ohne Einordnung in ein

Was kosten die Parlamente?

Ohne die Ausgaben für die Wahl des Deutschen Bundestages sowie ohne die einmaligen Ausgaben (z. B. für Neubauten) beläuft sich der Finanzbedarf des Bundestages gegenwärtig auf rund 26,7 Millionen DM im Jahr. Diese Summe belastet den einzelnen Bundesbürger im Durchschnitt mit 0,53 DM jährlich. Hingegen zahlt der Bürger Luxemburgs für sein Parlament zur Zeit jährlich 2,79 DM, der Franzose 1,95 DM, der Schwede 1,79 DM, der Belgier 1,66 DM, der Norweger 1,15 DM, der Italiener 0,86 DM und der Amerikaner 1,60 DM. Nur in den Niederlanden und in Großbritannien stellen die Parlamente an ihre Bürger noch niedrigere Anforderungen als in der Bundesrepublik. Der Niederländer zahlt jährlich 0,31 DM und der Engländer 0,41 DM.

Weltkonzept. Die deutsche Politik ist von dieser Einsicht getragen. Über ihre Methoden wurde erbittert gestritten, immer weniger aber über ihr Ziel. Das ist nicht verwunderlich, denn darüber besteht weithin Übereinstimmung.

Auch das heutige Zusammentreten des Bundestages in der Hauptstadt des Reiches möchte das zum Ausdruck bringen. Wir möchten damit zu Beginn unserer Arbeit schlicht sagen, daß wir uns Deutschlands Geschichte, der Einheit der Nation und der Schicksalsgemeinschaft mit dem Teil unseres Volkes, der noch immer im Schatten der Diktatur leben muß, verpflichtet wissen in allem, was wir tun.

Man kann nun aber nicht hierher kommen und sich Gedanken darüber machen, wo wir stehen und wohin wir gehen, ohne sich Rechenschaft zu geben, unter welchem Aspekt das nationale Ziel, dem wir ver-

pflichtet sind, heute von uns allen gesehen werden muß. Dieser Aspekt ist nicht mehr der der Rechtsgründung, er ist auch nicht mehr der der Weimarer Republik, und er ist erst recht nicht mehr jener Groß- und Weltmachttraum, der Deutschland in das Verhängnis gestürzt hat. Nein, dieser Aspekt ist eben der, der sich aus der umwälzenden Wandlung dieses Jahrhunderts ergibt: das vereinte Deutschland, das geeinte Europa in einer befriedeten Welt. Es ist nichts mehr mit den alten Konzepten, in denen nationale Gebietserweiterung und Souveränität Maß und Ziel der politischen Weisheit waren. Wem das die beiden Weltkriege noch nicht gesagt haben, dem sollte es der Auftakt einer Epoche klarmachen, in der die Atomkraft in Dienst genommen wird und der Weltraum sich dem Menschen öffnet. Diese Zeit verlangt auch in der Politik gewandelte Methoden und Denkweisen. Wer heute Deutschland dienen will, der tut vor allem gut daran, allen Illusionen und eitlen Ansprüchen abzusagen und die Welt, die uns umgreift, in der Härte ihres ideologischen Widerstreites zu erfassen.

Was daraus für die Revision überkommener Grundbegriffe, wie z. B. der nationalen Souveränität oder der bisherigen Gestalt des positiven Völkerrechts, — und damit für die nationale wie für die internationale Politik — folgt, hat der Bundesverfassungsrichter Gerhard Leibholz in einer ebenso prägnanten wie glänzenden Abhandlung kürzlich der jungen Bundeswehr ans Herz gelegt. Das Ideologische, d. h. das für Mensch und Welt sittlich Wesentliche und existentiell Entscheidende, habe den Vorrang „vor den sich aus dem Nationalstaat ergebenden Forderungen“. So sagt Leibholz. Und ich meine, er hat recht. Was sind die Bedürfnisse nationaler Prestigepolitik vor der Notwendigkeit unserer Zeit: den Menschen mit seiner ewigen Bestimmung vor der Preisgabe an unerhörte Gewalten zu retten?

Wandlung der Gesinnung

Die Politik ist kein Cocktail aus Taktik, Propaganda, Gruppeninteressen und Prestigebedürfnissen, gemischt zur Befriedigung nationalen oder persönlichen Machturstes. Gewiß, das gab es, und das gibt es auch heute noch! Aber welche Verheißung soll so etwas haben? Nein, die Politik, mit der wir uns in diesem Hause befassen müssen, greift in andere Bereiche und fordert eine andere Gesinnung. Wir können, wenn wir bestehen wollen, nicht auf die Kräfte eines gewandelten und geläuterten nationalen Bewußtseins verzichten, und wir werden Deutschland nicht vor dem Schicksal bewahren, eine Provinz, eine abhängige, bedeutungslose Provinz im Weltgeschehen zu werden, wenn neben unsere wirtschaftliche und organisatorische Leistung nicht eine ebenbürtige geistige und kulturelle Leistung tritt. Selbstverständlich bestimmt sie das Niveau und Format der Politik höchst wesentlich. Sie schärft Blick und Urteilsvermögen. Und darauf kommt es an! Denn hinter den zuweilen unwandelbar scheinenden Fassaden des politischen Vordergrunds drängen mächtig herauf die bewegenden und wandelnden Kräfte einer neuen Zeit.

Inmitten einer Welt voller Gefahr, aber auch voll nie gekannter großer Möglichkeiten beginnen wir diese Wahlperiode. „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ Dieses Wort Hölderlins ist kein vager Trost, sondern die Einsicht in das Geheimnis der Welt, die in Gottes Händen ruht. Hier, in Deutschlands Hauptstadt, fangen wir unsere Arbeit wieder an. Es ist keine politische Voraussage, sondern ein Wunsch, ja ein Gebet: Gebe Gott, daß wir sie hier im geeinten und befriedeten Vaterland vollenden!

PROBLEME DER KOEXISTENZ

von Professor Dr. Florent Peeters, St. Niklaas Waas (Belgien)

Den nachfolgenden Beitrag entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung den Mitteilungen der Gesellschaft der Freunde christlicher Akademie-Arbeit e.V. „Der Mensch in der Wirtschaft“, 7. Jahrgang, Heft 3, Oktober 1957. Der Verfasser, ein Flame, der während des zweiten Weltkrieges zeitweise in einem deutschen Konzentrationslager inhaftiert war, liest heute an einer deutschen Hochschule über die Entstehung totalitärer Staaten und den Widerstand in solchen Staaten. Die Red.

In dem Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag hat Chruschtschow betont:

„Das leninistische Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung ist und bleibt die Generallinie der Außenpolitik unseres Landes. Wenn eine Gefahr für die friedliche Koexistenz von Ländern mit verschiedenen sozialen und politischen Systemen besteht, so geht sie keineswegs von der Sowjetunion, keineswegs vom sozialistischen Lager aus. Die Feinde des Friedens versuchen zu versichern, daß die Sowjetunion die Absicht habe, den Kapitalismus in den anderen Ländern mit Hilfe eines Exports der Revolution zu stürzen.“

Diese Formulierung ist ein Plagiat. Auch Mussolini hat wiederholt erklärt, der Faschismus sei kein Exportartikel, und Hitler hat nach ihm in bezug auf den Nationalsozialismus dieselbe Formel gebraucht. Einer solchen Erklärung fehlt es an Originalität; wir haben damit bereits unsere Erfahrungen gemacht. Chruschtschow sagt weiter:

„Selbstverständlich gibt es unter uns Kommunisten keine Anhänger des Kapitalismus. Aber das bedeutet keineswegs, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten der Länder, in denen kapitalistische Zustände herrschen, eingemischt haben oder einzumischen beabsichtigen.“

Nur wenige Zeilen später heißt es dann allerdings:

„Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft anerkennen. Das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten... Aber die größere oder geringere Schärfe des Kampfes, die Anwendung oder Nichtanwendung von Gewalt beim Übergang zum Sozialismus, hängen nicht so sehr vom Proletariat, als vielmehr vom Widerstand der Ausbeuter, von der Anwendung von Gewalt durch die Ausbeuterklasse selbst ab.“

Das ist in all ihrer grundsätzlichen Plumpheit eine elegante Redewendung, um uns klarzumachen, daß es keine Gewalt geben wird, wenn wir uns ohne Widerstand bolschewisieren lassen. Mit aller menschlichen Vernunft kann man eine solche Äußerung nicht als Einladung zur Koexistenz deuten, sondern nur als Ultimatum, als Aufforderung zur Kapitulation.

Aber Chruschtschow ist Bolschewist. Und bekanntlich — er sagt es übrigens selbst — haben die Bolschewisten eine andere Ideologie. Sie manipulieren mit anderen Begriffen, verwenden einen anderen Wortschatz. Nach Chruschtschow wurde das Wort „Koexistenz“ in erster Linie immer wieder von Vertretern des Ostblocks gebraucht, ohne daß sie je klar gesagt hätten, was man nun eigentlich darunter zu verstehen habe. Diese elementare Schwierigkeit einer genauen Begriffsdefinition übergehend, haben sich, besonders nach der ersten Genfer Konferenz, auch Vertreter der Westmächte an dieses Wort wie an einen

Rettungsanker geklammert. Sie interpretierten es ohne weiteres als eine Aussicht auf ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden großen Blöcke.

Was ist Koexistenz überhaupt?

Wenn wir den Stimmungsgehalt des Wortes analysieren, so bedeutet es eine letzte unverbindliche, aber gesicherte Nebeneinanderexistenz der beiden Blöcke. Es drückt ein gleichmäßiges Existieren aus, vielleicht ohne Sympathie, vielleicht ohne gegenseitiges Verständnis, auf jeden Fall aber ohne den Willen, sich zu beeinflussen. Es ist die letzte Zuflucht, nachdem man sich jahrelang mißtraut und gestritten hat. Es sagt gleichsam: Laßt uns das Kriegsbeil begraben; wir kommen innerlich doch nicht überein. Wir wollen uns also damit abfinden, daß wir beide existieren. Diese Auffassung entspricht der Wortdeutung.

Koexistenz ist die abstrakteste Formel, auf die alle menschlichen Gemeinschaften und alle Symbiosen in Tier- und Pflanzenwelt zurückgeführt werden können. Daher ist sie zugleich die allgemeinste und inhaltsleerste Formel. Sie sagt ja nichts aus über die Art und Weise, wie man nebeneinander existiert. Es ist ein rein formalistischer Begriff.

Ist echte Koexistenz grundsätzlich wünschenswert?

Wenn wir unter echter Koexistenz verstehen, daß jeder der beiden Blöcke sich ehrlich mit der Existenz des anderen abgefunden hat und ihn darum in seinem Dasein und Sosein respektiert, so könnte eine derartige Koexistenz der Menschheit auf lange Sicht den Frieden sichern, denn ohne den Willen eines der beiden Führungsstaaten — Rußland oder USA — könnte nirgends ein Krieg angezettelt bzw. durchgeführt werden. Jedes Land ist praktisch in das Machtssystem des einen der beiden Machtblöcke eingebaut. Jedes Land hängt von einem der beiden Führungsstaaten ab und kann daher allein keinen Krieg riskieren; dazu wäre die Erlaubnis oder wenigstens der heimliche Wille des einen Führungsstaates notwendig. Ein solcher Wille ist aber in einer echten Koexistenz tatsächlich ausgeschlossen.

Hier liegt auch der Grund, warum das Schlagwort von der Koexistenz die Völker faszinierte. Aber wir dürfen dabei eben nicht verkennen, daß Koexistenz, wenn sie echt sein soll, auf beiden Seiten eine sittliche Entscheidung voraussetzt — die Entscheidung, den Partner zu achten, ihn in Ruhe zu lassen, also in friedlicher Weise neben ihm zu existieren. Andernfalls würde es sich um eine Scheinexistenz handeln, die praktisch nicht nur wertlos, sondern ein gefährliches Mittel zur Tarnung und Betörung des Partners wäre. Alles hängt also von der Frage ab, ob beide Blöcke diese sittliche Einstellung besitzen oder nicht.

Ist echte Koexistenz zwischen den beiden Blöcken möglich?

Wir sagen nein, und zwar aus folgendem Grund: Der Ostblock hat keinen ehrlichen Friedenswillen; er ist wesentlich imperialistisch. Den Beweis dafür liefern uns der Ostblock insgesamt und sein Führungsstaat insbesondere selbst.

Was ist überhaupt ein Machtblock? Er ist weit über jede „Hegemonie“ hinaus eine ganz neue Form des machtvollen Zusammenschlusses. Hegemonie bedeutet weiter nichts als eine gewisse Vorherrschaft eines mächtigen Staates gegenüber anderen weniger mächtigen

gen. Hegemonie war geschichtlich oft ein Faktum, das die kleineren Staaten aus Klugheit berücksichtigten. Aber es schloß keine totale Abhängigkeit von dem Hegemoniestaat ein. Durch geschickte Bündnispolitik, in der jeder der beteiligten Staaten frei war, konnte die Hegemonie starker Staaten praktisch wirkungslos gemacht werden.

Bei den Machtblöcken, wie wir sie heute kennen, sind die kleineren Staaten in ihrer Existenz weitgehend von den Führungsstaaten abhängig. Allerdings behalten die schwächeren westlichen Staaten auch in dieser Situation ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie. Sie bleiben also in einem wahren Sinne souverän mit Ausnahme der Verpflichtung, ihre Außenpolitik, wenn sie weiter existieren wollen, mit derjenigen der Vereinigten Staaten abzustimmen.

Was den Ostblock betrifft, so sind sämtliche Satellitenstaaten einer ganz anderen Form der Abhängigkeit unterworfen. Zwar bleibt ihre Souveränität äußerlich erhalten: Sie tauschen Botschafter aus, sie haben eigene Gesetzgebungsorgane, eine eigene staatliche Verwaltung und dergleichen mehr. Aber dies alles ist eine Fiktion, denn in Wirklichkeit sind sie vom Führungsstaat Sowjetrußland schlechthin total abhängig. Diese Abhängigkeit erstreckt sich nicht nur auf die Politik, sondern auch auf Wirtschaft und Kultur. Es gibt keinen Satellitenstaat des Ostblocks, der seine Wirtschaftsstruktur und sein gesamtes kulturelles Leben nicht an die Sowjetunion angleichen müßte. Außerdem sind die kleineren Staaten des Ostblocks ideologisch mit Rußland gleichgeschaltet. Die im Führungsstaat herrschende Welt- und Menschenauffassung muß mit allen Mitteln eines totalitären Regimes auch in jedem der abhängigen Staaten ganz und ausschließlich durchgesetzt werden.

Damit stehen wir vor einem völligen Novum in der Geschichte. Die bisher üblichen Ausdrücke, mit denen staatliche Abhängigkeit gekennzeichnet wurde, sind hier überholt. Es ist sozusagen eine hundertprozentige Abhängigkeit, die alle diese kleineren Staaten mit dem Führungsstaat ohne Riß und Naht verbindet. Der Wirklichkeit am nächsten käme vielleicht der Ausdruck „Annexion“; doch ist wohl selten ein „Anschluß“, auch wenn er zwangsweise durchgeführt wurde, in der Verknüpfung mit dem Führungsstaat so total gewesen, wie es heute bei der Sowjetunion und ihren Satelliten der Fall ist. Oder sollten wir in diesem Zusammenhang das Kolonialsystem zum Vergleich heranziehen? Ganz gewiß haben die europäischen Staaten aus den Kolonien viel Reichtum herausgeholt — vielleicht auch oft mit brutalen Methoden. Aber selbst die wirtschaftlich am meisten ausgebeuteten Kolonialvölker behielten ihre eigene Religion, ihr Brauchtum, ihr ganzes Volksleben. Wann schon wäre es einem europäischen Staat eingefallen, ein anderes Volk als Sklavenvolk zu behandeln und ihm seine eigene Ideologie, sein Menschenbild aufzuzwingen?

Im Falle des Ostblocks trifft dies jedoch uneingeschränkt zu. Dieser Block ist von einer wesentlich stärkeren Einheit und Festigkeit als der westliche Block. Das Ergebnis ist eine nie dagewesene Machtzusammenballung. Und wie will man diese Blockbildung von seiten der Sowjetunion erklären? Doch nur durch einen Imperialismus ohne Beispiel in der Menschheitsgeschichte.

Welcher Satellitenstaat Moskaus wäre durch eine freie Willensäußerung des Volkes kommunistisch geworden? Alle Länder, die die kommunistische Lebensform annahmen, taten dies infolge einer militärischen Okkupation und unter dem Druck des Terrors. So gehört mehr als Zynismus und Verlogenheit dazu, um, wie Marschall Konjew es am 8. Mai d. J. im Bol-

schoi-Theater getan hat, zu erklären, daß „als Ergebnis der Siege der Sowjetarmee sich der ewige Traum dieser Länder von der Freiheit und von einem neuen glücklichen Leben erfüllte“.

Der dem Kommunismus eigene Imperialismus hat sich in der Geschichte der letzten Jahre so klar gezeigt, daß es schon einer unverantwortlichen Gutgläubigkeit oder einer völligen politischen Blindheit bedarf, um dies nicht zu sehen. Fast immer aber wurde den mit Gewalt zum Kommunismus bekehrten Ländern in zynischer Weise vorher die „Garantie“ gegeben, daß sie als freie, souveräne Völker friedlich weiterexistieren könnten.

Die Rolle der Koexistenz in der kommunistischen Ideologie

Das kommunistische Rußland kann gar keine echte Koexistenz mit dem „kapitalistischen“ Westen wollen, ohne sich selbst aufzugeben. Die kommunistischen Führer sind von dem von Karl Marx gelehrteten Dogma überzeugt, daß die geschichtliche Entwicklung der Welt mit innerer Notwendigkeit auf jenen Endzustand hinsteuert, der den Sieg und die Alleinherrschaft des Proletariats und damit die Verwirklichung des „proletarischen Paradieses“, d. h. der „klassenlosen Gesellschaft“, bedeutet. Diese Grundkonzeption von Mensch und Welt ist schlechthin das Fundament und Ziel Sowjetrußlands. Sie wird den Millionen seiner Einwohner eingehämmert, und die gesamte Struktur des Landes ist darauf ausgerichtet.

Nun erfordert aber die Herbeiführung des Endzustandes nach Lenin das revolutionäre Eingreifen des Proletariats und die Liquidierung der kapitalistischen Mächte. Der Wille, diese Mächte als existenzberechtigt anzuerkennen, würde also einer Aufhebung der marxistisch-sowjetischen Ideologie gleichkommen.

Diese Tatsache wird bestätigt durch die Versicherung Lenins: Rußland sei die „Stoßbrigade“ der Weltrevolution. Er sah allerdings ein, daß eine sofortige Anzettelung von Revolutionen in allen Ländern eine Unmöglichkeit sei. Darum forderte er ein gewisses Abwarten bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die kapitalistischen Länder der Reihe nach für den Umsturz reif würden. Die Zeit zwischen der „Revolution in einem Lande“ (Rußland) und der Weltrevolution soll eben durch „Koexistenz“ der Sowjetunion mit den kapitalistischen Mächten ausgefüllt werden. So bedeutet Koexistenz für den Kommunismus keinen Verzicht auf die Weltrevolution, sondern lediglich ihren wachsenden Aufschub.

Diese Auffassung vertrat auch Stalin vor dem XV. Parteikongreß am 3. Dezember 1927:

„Wir können nicht die Worte Lenins darüber vergessen, daß sehr vieles in der Sache unseres Aufbaus davon abhängen wird, daß der Krieg mit der kapitalistischen Welt verschoben wird, der unvermeidlich ist, aber den man entweder so lange verschieben kann, bis die proletarische Revolution in Europa reif wird, oder so lange, bis die kolonialen Revolutionen reif werden, oder endlich, bis die Kapitalisten sich wegen der Aufteilung der Kolonien überwerfen. Deshalb ist für uns die Wahrung friedlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern eine Verpflichtung. Die Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern besteht in der Zulassung der Koexistenz zweier entgegengesetzter Systeme. Die Praxis hat sie vollauf gerechtfertigt.“

Und Chruschtschow warnte uns nicht weniger eindeutig vor einer naiven Interpretation seiner eigenen Koexistenzvorschläge. Er sagte im August 1955:

„Der Westen erklärt, daß die sowjetischen Führer das Lächeln angenommen hätten, daß ihre Taten

diesem Lächeln jedoch nicht entsprechen. Ich kann aber hier hinzufügen, daß das Lächeln gut gemeint ist. Es ist nicht künstlich. Wir wollen in Frieden leben. Wenn aber jemand glaubt, unser Lächeln bedeute, daß wir die Lehren von Marx und Lenin aufgegeben oder daß wir den Weg des Kommunismus verlassen hätten, dann werde ich antworten, daß er sich irre.“

Die sittliche Entscheidung, von der wir als Vorbedingung echter Koexistenz sprachen, ist für Sowjetrußland ein inhaltsleerer Begriff. Denn im System des Kommunismus werden Sittlichkeit und Recht als Begriffe der Bourgeoisie abgelehnt bzw. völlig ausgehöhlt: „Was dem Proletariat nützt, ist sittlich gut“ (Lenin). Wenn also der Kreml ein Versprechen gibt oder einen Vertrag schließt, so ist das für ihn keine sittliche Entscheidung, sondern stets nur eine politisch zweckmäßige Maßnahme, die dem Ziel der Weltrevolution untergeordnet ist.

Folgerungen

Der nihilistische Charakter des kommunistischen Systems muß klar erkannt und darf nie aus den Augen verloren werden: Es verneint die Schöpfungs-

ordnung, verkennt das Wesen des Menschen und leugnet seine Naturrechte; mit einem Wort: es zerstört den Menschen als Person.

Jeder Verharmlosung des kommunistischen Systems muß unnachgiebig widerstanden werden: Auch die feierlichsten Koexistenzklärungen von dieser Seite sind nichts als Mittel des kalten Krieges, der in äußerlich etwas abgeschwächter und getarnter Form weitergeht.

Die entscheidende Schlußfolgerung aber können wir einem Beitrag von Carlo Schmid in der wissenschaftlichen Schriftenreihe „Geschichte und Politik“ entnehmen. Dort heißt es:

„In der Tat hat sich jede Außenpolitik mit dem Blick auf den Kriegsfall zu vollziehen. Das ist nicht im bellizistischen Sinne zu verstehen, sondern im Gegenteil in einem Sinne, der die Friedenserhaltung zum obersten Ziel aller Politik machen möchte... Da die Richtigkeit einer Politik sich von ihrer Bewährung im Krisenfall her entscheidet... ist ihr oberstes Kriterium, ob sie das Erforderliche getan hat, um den Staat für den Krisenfall politisch so stark als nötig zu machen.“

JUGENDWEIHE UND KONFIRMATION SIND UNVEREINBAR

Kanzelerklärung der evangelischen Bischöfe in der Sowjetzone

Von den Kanzeln aller evangelischen Kirchen in der „Deutschen Demokratischen Republik“ wurde am Sonntag, dem 20. Oktober 1957, folgende Erklärung der Bischöfe der evangelischen Landeskirchen im Gebiet der „DDR“ verlesen:

„Wieder rüsten sich in unseren Gemeinden Tausende von Kindern, um in der Konfirmation ein Bekenntnis zu unserem Herrn Jesus Christus abzulegen. Zu gleicher Zeit wird versucht, diese unsere getauften Kinder für eine atheistische Jugendweihe zu gewinnen. Dadurch werden unsere Familien zur Entscheidung und zum Bekenntnis aufgerufen. Denn es gibt hier nur ein Entweder-Oder. Entweder nimmt ein Kind an der Jugendweihe oder an der Konfirmation teil. Beides miteinander zu verbinden, ist eine Unmöglichkeit.“

Herr Walter Ulbricht, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED und Erster Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Ministerrats, hat das in der Rede, die er am 29. September 1957 zur Eröffnung des Jugendweihe-Jahres in Sonneberg in Thüringen gehalten hat, noch einmal klargemacht. Bisher war immer gesagt worden, die Jugendweihe in der DDR bedeute keineswegs ein Bekenntnis zum Atheismus, sie sei etwas ganz anderes als die freidenkerische Jugendweihe von früher. Jetzt hat Herr Walter Ulbricht gesagt — wir zitieren nach dem ‚Neuen Deutschland‘ —: Die Jugendweihe sei ein alter, schöner Brauch. Auch in Westdeutschland gingen Kinder zur Jugendweihe. Und dann hat er von seiner eigenen Jugendweihe im Jahre 1907 erzählt. Es handelt sich also wirklich um die alte Einrichtung der Freidenker, durch die die Konfirmation der Kirche verdrängt werden soll.

Auch die übrigen Ausführungen in der Rede von Herrn Walter Ulbricht machen das völlig klar. Er sagt: Wir sollten uns nicht daran hindern lassen, ‚überlebte, alte Glaubenssätze über Bord zu werfen‘. Als Beispiele führte er im Verlauf seiner Rede folgendes an: Ein Pfarrer aus der Nähe von Leipzig habe die Konfirmanden ‚ein von ihm erfundenes Glaubensbekenntnis‘ lernen lassen. Aus diesem Glaubensbekennt-

nis zitiert er die Sätze: ‚Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen. . . Nicht wie es in der Schule gelehrt wird, sondern wie es der Pfarrer lehrt, ist es richtig‘. Diesen zweiten Satz hat ein Junge in sein Heft geschrieben, nicht etwa nach einem Diktat des Pfarrers, geschweige denn als Glaubensbekenntnis, sondern nach seinem eigenen Kopf. Der erste Satz aber: ‚Ich glaube, daß mich Gott geschaffen hat‘ — steht, wie jedes evangelische Kind weiß, in Martin Luthers Kleinem Katechismus und gehört zum Bekenntnis unserer Kirche.

Als weiteres Beispiel führt Herr Ulbricht an: Es werde von den Jugendlichen im Konfirmandenunterricht gefordert, sie sollten ‚glauben, daß sie von überirdischen Wesen geschaffen worden seien‘. Daß wir von ‚überirdischen Wesen‘ — in der Mehrzahl — geschaffen worden seien, wird in keinem Konfirmandenunterricht gelehrt. Wohl aber glauben und bekennen wir jene Wahrheit des 1. Artikels, daß uns Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen. Wir wollen das mit Gottes Hilfe auch fernerhin glauben und bekennen.

Sodann zitiert Herr Ulbricht den großen deutschen Dichter Gottfried Herder. Schon Herder habe gesagt: Naturwissenschaft müsse ein Knabe lernen — was die Kirche niemals bestritten hat, weder damals noch jetzt. Dazu ist nur anzumerken, daß Herder diese seine Schulrede von 1798 gehalten hat, als er Generalsuperintendent in Weimar war, und daß in dieser selben Rede die Worte stehen: ‚Wahrhafte Religion wird unausgetilgt bleiben. Die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen, und der Antichrist selbst muß sie fördern.‘

Endlich hat Herr Ulbricht nicht nur die Betriebe, die Maschinen-Traktoren-Stationen, die volkseigenen Güter, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Frauenverbände aufgefordert, sich für die Jugendweihe einzusetzen, sondern er hat auch von den Volksbildungsabteilungen bei den Räten, also von Organen der Staatsverwaltung, verlangt, daß sie bei der Vorbereitung auf die Jugendweihe mitwirken sollen. Das steht in Widerspruch zu der Erklärung, die den Bischöfen am 3. Dezember 1956 von der obersten

staatlichen Stelle gegeben worden ist. Nämlich: daß die Jugendweihe nicht eine Sache des Staates sei, sondern lediglich die Sache derer, die die Jugendweihe wollen, und daß die staatlichen Organe nicht die Aufgabe haben, sich uneingeschränkt in den Dienst der Jugendweihe zu stellen.

Wir als eure Bischöfe erklären: Es geht bei der Entscheidung zwischen Konfirmation und Jugendweihe um die Seelen eurer Kinder und um eurer eigenen Seelen Seligkeit. Unsere Antwort auf die neue Propaganda für die Jugendweihe und auf alle Angriffe gegen unseren Glauben kann nur die sein, daß wir den Konfirmandenunterricht viel ernster nehmen als bisher und daß wir samt unseren Kindern Gott und der Kirche Jesu Christi nur um so entschlossener die Treue halten. Drohungen sollen uns nicht schrecken. Wir haben es in den Jahren des großen Kirchenkamp-

fes immer wieder erfahren, daß Gott den Seinen durch alle Anfechtungen hindurchhilft. Er wird auch uns nicht ohne Seine Hilfe lassen.

Es steht geschrieben: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Und unser Heiland Jesus Christus spricht: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich auch bekennen von meinem himmlischen Vater.“

Bischof D. Dr. Beste
Bischof D. Dr. Dibelius
Bischof Hornig
Bischof D. Jänicke
Bischof D. Dr. Krummacher
Bischof D. Mitzenheim
Bischof D. Noth
Oberkirchenrat Schröter

„IN CHRISTLICHER VERBUNDENHEIT . . .“

Aus Anlaß der Verhaftung des evangelischen Propstes Arnold Maercker, Schwerin, durch die sowjetzonale Polizei, hat der Erzbischof von Köln, Josef Kardinal Frings, an den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland und Bischof von Berlin und Brandenburg, D. Dr. Otto Dibelius, folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Bischof Dr. Dibelius! Der heutigen Tagespresse entnehme ich, daß Herr Propst Maercker aus Schwerin verhaftet worden ist, weil er einem Mädchen das kirchliche Begräbnis verweigert hatte, das sich durch die Teilnahme an der kommunistischen Jugendweihe von Christus losgesagt hatte. Mit Schmerz und Empörung habe ich von dieser Verhaftung Kenntnis genommen und beeile mich, Ihnen von diesen meinen Empfindungen Ausdruck zu geben. Wir fühlen uns alle mitverhaftet, denn jeder evangelische wie katholische Leiter eines Kirchengemeinschafts hätte in gleicher Lage in gleicher Weise handeln müssen. Dem Verhafteten gilt unsere Fürbitte, wie weiland dem verhafteten Petrus nach dem Bericht der Apostelgeschichte (12, 5) das Gebet der Kirchen ohne Unterlaß zu Hilfe kam. In christlicher Verbundenheit — Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln.“

Bischof Dibelius hat auf dieses Schreiben mit nachstehendem Telegramm geantwortet:

„Ich danke Euer Eminenz herzlich für den freundlichen Gruß. Das Bewußtsein innerer Verbundenheit wird vielen unserer Brüder Freude und Stärkung sein.“

Das Blatt der sowjetzonalen CDU „Neue Zeit“ wandte sich in einer scharfen Polemik gegen diesen Grußwechsel und sprach von einer „seltsamen Einheitsfront“. Es sei wohl das erste Mal gewesen, daß „ausgerechnet am Reformationstag“ ein Schreiben veröffentlicht worden sei, „in dem ein katholischer Kardinal einem evangelischen Bischof, noch dazu dem obersten Geistlichen des deutschen Gesamtprotestantismus, seine Verbundenheit ausspricht“. Das Blatt spielte in diesem Zusammenhang auf die Bundestagswahl vom 15. September an und behauptete, daß „eine klerikale Einheitsfront reaktionärer Katholiken und Protestant Adenauer erneut in den Sattel des Bundeskanzlers half“. Diese Front solle nun offenbar zur Aufweichung der DDR eingesetzt werden. Der Pressedienst der CDU/CSU kommentierte: „Das Schreiben von Kardinal Frings an den Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof D. Dr. Dibelius, sollte den verblendeten Atheisten Moskauer Observanz deutlich machen, daß ihre teuflischen Gewaltaktionen das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigen, nämlich eine Stärkung und Vertiefung der christlichen Einheit.“

Uns wird geschrieben:

Der Streit um den Christen im politischen Raum

Daß in dem Bundestagswahlkampf dieses Jahres das „C“ im Namen der CDU/CSU wieder unter stärkstem Beschuß stehen würde, war zu erwarten. Nach den mehrfachen Erklärungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU über das Selbstverständnis des „C“, zuletzt auf der Kasseler Bundestagung im vergangenen Juni, erübrigt es sich, auf unsachliche, polemische Vorwürfe wie den eines „christlichen Monopolanspruchs“ und einer „Diffamierung“ der Oppositionsparteien als „unchristlich“ nochmals einzugehen. Ebenso sollen bei dieser Erörterung die aus dem Raum eines Kulturprotestantismus der Jahrhundertwende kommenden antikatholischen Komplexe ausgeschaltet bleiben. Dies alles ist genügend widerlegt. Worüber

wir aber nicht oberflächlich hinweggehen können, ist die Prüfung der Frage, welche Gründe ernstzunehmende Christen in eine Opposition zur CDU/CSU führen und sie z. T. veranlassen, sich aktiv in anderen Parteien zu betätigen. Um auf das Grundsätzliche zu kommen, stellen wir Meinungsunterschiede in Fragen der aktuellen Politik zurück. Es zeigt sich dann, daß die christliche Opposition, deren Schwerpunkt auf evangelischer Seite liegt, auf drei Erscheinungen zurückgeführt werden kann:

1. das Schuldbewußtsein gegenüber einer jahrzehntelang von der Kirche vernachlässigten Arbeitnehmerschaft;
2. eine sich von den Christen in der CDU/CSU grundsätzlich unterscheidende

Auffassung vom Staat und somit auch von der Aufgabe des Christen in ihm;

3. eine besondere Auffassung von der Erfüllung des dem Christen gegebenen Friedensauftrages.

Vielfach greifen diese Erscheinungen ineinander über, bedingen sich gegenseitig.

Wir teilen das Schuldbewußtsein gegenüber der Arbeitnehmerschaft. Aber, fragen wir, gilt das nicht in gleicher Weise gegenüber der Intelligenz, vor allem der technischen? Ist es der richtige Weg, die Begegnung als Christen mit den Arbeitnehmern ausgerechnet in der SPD zu suchen, die erwiesenermaßen doch auch nur einen Teil der Arbeitnehmer erfaßt. Bei aller Berücksichtigung struktureller

Wandlungen in der SPD bleibt ihr Begriff des Sozialismus kollektivistisch und wird der Personalität des Menschen nicht gerecht. Uns scheint, daß der Christ die Begegnung mit der Arbeitnehmerschaft wie mit der technischen Intelligenz vordringlich im Betrieb suchen und an einer richtigen Ausgewogenheit der Funktionen im Interesse der Betriebsgemeinschaft als einer Lebensform des technischen Zeitalters mitarbeiten sollte. Wir fürchten, daß die evangelischen Laien und Theologen in der SPD das Problem der Betriebsgemeinschaft noch nicht genügend durchdacht haben. Ihr gehört die Zukunft. Aber die SPD ebenso wie die Einheitsgewerkschaft stehen ihr zumindest sehr reserviert, wenn nicht ablehnend gegenüber.

Selbstverständlich kommen die Christen in der SPD nicht um eine Auseinandersetzung mit dem Marxismus herum. Wir wollen nicht darauf eingehen, welche verkrampften Lösungen dafür hinter dem Eisernen Vorhang entwickelt worden sind... Heinemann und seine Freunde meinen, es käme nicht auf das verschiedene Welt- und Menschenbild an, sondern allein auf die Mitmenschlichkeit. Damit müsse man den Graben überwinden... Wir sind aber der Meinung, daß der hier eingeschlagene Weg nicht zum erhofften Erfolg führen wird: Alle menschlichen Kontakte, die im vorpolitischen Raum gelingen, bleiben im politischen wirkungslos, weil das bis auf weiteres noch bestimmende Welt- und Menschenbild der SPD eine wirksame Partnerschaft mit Christen nicht möglich macht...

Eindeutig und noch gültig hat Carlo Schmid in seinem Grundsatzreferat auf dem SPD-Parteitag 1950 in Hamburg über „Die SPD vor der geistigen Situation der Zeit“ die Auffassung der SPD dargelegt, daß es „weder eine christliche Politik noch einen christlichen Staat“ gebe. Die Vorstellung, es sei „Aufgabe des Staates, durch Gesetze und Einrichtungen die Christianisierung des Volkes mitzubetreiben“, sei „im Grunde die stärkste Absage an das Wort der Schrift, daß der Geist walte, wo und wie er wolle“...

Hinter derartigen Äußerungen, deren es noch viele andere gibt, steht die Vorstellung eines völlig wertefreien Staates, der von den Dingen des Glaubens ganz unabhängig ist. Es ist die Forderung einer scharfen Trennung zwischen Glauben und Politik, die es nur mit Sachentscheidungen zu tun habe. Carlo Schmid kommentiert in dem erwähnten Vortrag die alte marxistische These: „Religion ist Privatsache“ in dem Sinne, „daß die religiöse Entscheidung je und je eine höchst persönliche Entscheidung ist und daß der Staat weder aktiv noch passiv daran beteiligt werden kann“. Und er erklärt weiter, daß seine Partei weder ja noch nein zur Religion, zum Christentum, zu den Kirchen sage.

Daß diese Staatsauffassung und die Verweisung des Glaubens in den privaten Raum von den Christen in der SPD angenommen oder toleriert wird, ist u. E. in einem Mißverständnis der

Lehre Luthers von dem „Regiment zur Linken“ begründet. Wie Thielecke (in seiner Theologischen Ethik) erklärt, widerspricht es Luthers Lehre, „einen Weltbezirk zu erstellen, dessen einzelne Provinzen ausschließlich der immanenten sachlichen Eigengesetzlichkeit unterworfen sind und von den Geboten Gottes nicht mehr kontrolliert werden“. Die Kirche habe „das linke Regiment, statt ihm Gericht zu predigen, zur Autonomie heranschwellen lassen“.

Die Christen in der SPD erkennen faktisch die Autonomie des Staates und der Bereiche des öffentlichen Lebens an. Diese Autonomie, die scharfe Trennung von Kirche und Staat, ist das noch nicht überwundene Erbe der Aufklärung. Die heutige Zeit beginnt aber wieder, nach einer Gesamtschau des Lebens in der Vielfalt seiner Formen zu suchen. Sie stößt dabei auf wesentliche und neue Erkenntnisse der Zusammenhänge wie der gestaltenden Kräfte. Es wäre eine wertvolle Aufgabe unserer Glaubensbrüder in der SPD, in dieser Hinsicht das Verhältnis Kirche—Staat neu zu durchdenken.

Ist durch die Aussage der SPD in ihrem Wahlprogramm: die christlichen Grundlagen unserer Kultur seien unbestritten, ein Wandel in ihrer Grundhaltung zum Christentum eingetreten? Wir wollen nicht unterstellen, daß es sich hier nur um eine wahltaktische Bemerkung handelt. Aber gerade an dieser Bemerkung zeigt sich ein folgerichtiger weiterer Unterschied zu den Christen in der CDU/CSU. Denn wir meinen im Gegenteil, daß die christlichen Grundlagen immer stärker bestritten werden. Wir sehen die Tatsache einer fortschreitenden Entchristlichung unseres Lebens in allen Bereichen. Daraus folgt für den Christen die wirklich entscheidende Frage: Soll er die behauptete Eigengesetzlichkeit von Politik und Wirtschaft anerkennen und den Prozeß der Verweltlichung weiterlaufen lassen, soll er sich damit begnügen, nur in seinem persönlichen Bereich mitmenschlich nach dem Gebot der Nächstenliebe zu handeln? Oder soll er sich zusammenschließen zu dem Versuch, christliche Grundsätze, d. h. Grundsätze der christlichen Ethik nach den Geboten Gottes in der Gestaltung der öffentlichen Ordnung zur Geltung zu bringen und damit in sie eine Gegenkraft gegen die Verweltlichung hineinzutragen?

Die Christen in der CDU/CSU wollen in ihrer Auffassung allerdings nicht dahin mißverstanden werden, daß sie eine „klerikale“ Politik im Sinne eines „verlängerten Armes der Kirche“ zu treiben oder gar ihre eigenen Meinungen und Absichten im weltlichen Raum im Namen Gottes durchzusetzen versuchten. Es scheint uns vielmehr, als ob bestimmte Theologen etwas sehr leichtfertig mit dem „Willen Gottes“ operierten. Wir wissen — so sehr wir uns als glaubende Christen auch bewusst sind, in der Führung Gottes seine Werkzeuge zu sein —, daß unser Handeln stets irdisch-menschlich und damit

auch sündig und auf die Vergebung Gottes angewiesen bleibt.

Wir zweifeln sehr, ob ein Christ sich angesichts der Frage, wie der kommunistische Staatenblock ohne atomare Abschreckung zum Frieden gezwungen werden könne, so wie Gollwitzer damit beruhigen darf, auf den Willen Gottes zu verweisen, dem man sich an der Grenze aller Politik anvertrauen müsse. Denn dieses Gottvertrauen, für den Christen selbstverständlich, entbindet uns nicht, in unserem praktischen Handeln das Notwendige zur Abwehr der Gefahr zu tun.

Für den Frieden zu arbeiten, ihn zu erhalten, ist eine jeden Christen verpflichtende Aufgabe... Es sei möglich, so sagen die Heinemann-Leute, mit dem Osten durch aufrichtige Gespräche von Mensch zu Mensch das Mißtrauen der Völker zu überwinden. Dazu solle man die Ideologien zurückstellen — hier Christ, dort Antichrist... Wir finden hier wie an anderen Stellen eine seltsame Verwischung des fundamentalen Unterschiedes zwischen Weltanschauung, Ideologie und dem Christentum... Frieden wahrhaft man, wenn der Nachbar ihn nicht will, weder durch den ständigen Ruf danach, noch durch guten Willen, sondern durch eine nüchterne Politik, die den anderen hindert, seine aggressiven Absichten mit Gewalt durchzusetzen. Man sollte bei unseren Glaubensbrüder in der SPD die sogenannte Politik der Stärke in diesem Sinne zu verstehen suchen.

Die Christen in der CDU/CSU bestreiten nicht, daß sich ein Christ auch für andere politische Parteien entscheiden kann, soweit in ihnen die Personhaftigkeit des Menschen gewahrt bleibt... Es ist letztlich von der Glaubenshaltung unabhängig, welcher Vorstellung einer staatlichen Ordnung ein Christ den Vorrang gibt, wenn dabei das entscheidende Problem der Entchristlichung nicht aus den Augen verloren wird. In der CDU/CSU sind Christen verschiedener Ordnungsvorstellungen, aber verbunden durch das christliche Menschenbild und die von den Geboten Gottes geprägte christliche Ethik. Sie wirken aus der Kraft ihres Glaubens zusammen. Das gibt der CDU/CSU ihre innere Vielfalt und Lebendigkeit.

Wir verfallen nicht der Illusion, vor der Professor Künneth in seinem Werk „Politik zwischen Dämon und Gott“ warnt, daß die politische Wirklichkeit auf Grund des christlichen Ethos neu aufgebaut und geordnet werden könne. Wir sollten wissen, sagt Künneth, daß „das politische Dasein das Schlachtfeld zwischen Gott und den Dämonen bleibt“. Aber gerade darum gehört auf dieses Schlachtfeld eine geschlossene Front von Christen, um den Dämonen zu wehren und eine Gestaltungskraft aus Glauben gegen die Entchristlichung aller Bereiche des öffentlichen Lebens einzusetzen.

Dafür erwarten wir evangelischen Christen in der CDU/CSU auch bei unseren Pfarrern und Gemeinden Verständnis.

Oberst a. D. Reinhold Kiep, Rastatt